

presse

Der Feind ist der Terrorismus, nicht der Islam

Kerstin Griese, *Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften*

Der Anschlag auf Charlie Hebdo ist ein Anschlag auf die Freiheit: auf die Meinungsfreiheit, auf die Pressefreiheit, auf die Kunstfreiheit, und letztlich auch auf die Glaubens- und Religionsfreiheit. Es geht aber nicht um einen Kampf der Religionen, sondern der Feind ist der Terrorismus, nicht der Islam.

„Wer die Freiheitsrechte der Menschen nicht akzeptiert, macht auch vor dem tatsächlich oder vermeintlich Andersgläubigen nicht Halt – und sei es, dass er als Polizist muslimischen Glaubens die freiheitliche Gesellschaft gegen den Terror verteidigt.“

Wir befinden uns nicht in einem Kampf zwischen der Religion und der säkularen Gesellschaft und schon gar nicht in einer Auseinandersetzung zwischen dem Islam und dem Christentum. Die allermeisten der vier Millionen in Deutschland lebenden Muslime fühlen sich als Teil unseres Landes und orientieren sich an den Grundwerten der Bundesrepublik wie Demokratie und Pluralität. Dies hat der soeben vorgelegte Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung ermittelt. Es ist bedrückend, dass gut 60 Prozent der Bundesbürger der Meinung sind, der Islam passe nicht in die westliche Welt und das, obwohl sich die Mehrheit der deutschen Muslime zur pluralistischen Gesellschaft bekennt.

Wir werden die Freiheit nur dann verteidigen können, wenn wir die offene Gesellschaft erhalten. Wir dürfen als Reaktion auf Paris weder einen Überwachungsstaat schaffen, keine falsche Rücksichtnahme auf angebliche religiöse Gefühle nehmen noch eine Ausgrenzung des Islams betreiben. Denn dann hätten die Terroristen ihr Ziel erreicht.

Terroristische Fundamentalisten müssen mit allen polizeilichen Mitteln bekämpft

werden. Mit gewaltbereiten Hasspredigern ist kein Dialog möglich. Gleichzeitig muss vermieden werden, Menschen in die Fänge der Islamisten zu treiben. Das passiert, wenn wir insbesondere junge Türkinnen und Türken wegen ihrer Religion aus unserer Gesellschaft ausgrenzen.

Radikale Islamisten und die so genannte Pegida haben ein gemeinsames Ziel: sie lehnen die pluralistische, tolerante Gesellschaft ab. Die Gesellschaft, die Kirchen, die jüdischen Gemeinden und die islamische Gemeinschaft müssen gemeinsam dagegen aufbegehren. Die SPD-Fraktion unterstützt alle Aktivitäten, die den interreligiösen Dialog fördern und die sich gemeinsam gegen Hass und Gewalt engagieren.“